

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 23/0748-01

Status: öffentlich

Datum: 19.10.2023

**Prüfung der Auswirkungen einer dauerhaften Reduktion der
Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Finanzausschuss	13.11.2023	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen und darzulegen, welche positiven wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen eine Reduktion der Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie für die Stadt im Allgemeinen und die Innenstadt im Spezifischen zur Folge hat. Hierbei sind nach Möglichkeit sekundäre Effekte durch eine Umsatzänderung im umliegenden Gewerbe durch Effekte auf das Umfeld zu berücksichtigen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten aufzuzeigen, wie hoch die Einnahmen durch die Sondernutzungsgebühr bei voller Erhebung erwartungsgemäß ausfallen.

Sachverhalt:

n Anbetracht des anhaltenden Trends zum Rückgang des stationären Einzelhandels stehen insbesondere Innenstädte vor der anspruchsvollen Aufgabe, ihre Rolle als lebendige Zentren urbanen

Lebens zu bewahren. Um dieser Herausforderung zu begegnen und einen attraktiven Anreiz für eine lebendige Innenstadtgemeinschaft zu schaffen, soll geprüft werden, ob die Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie unter Berücksichtigung bestehender finanzieller Restriktionen in ihrer Höhe sinnvoll verändert werden können. Dieser Schritt soll erwogen werden, um das Angebot für Außengastronomie unterstützen zu können und Mülheim als Markt für Gastronomie zu attraktiveren.

Björn Maue

Fachsprecher der Fraktion

Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Siegfried Rauhut

Fachsprecher

CDU-Fraktion

Franziska Krumwiede-Steiner

Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90 / Die Grünen

Christina Küsters

Fraktionsvorsitzende

CDU-Fraktion

Anlagen: